

Stadtverordneten-Versammlung.

Den Vorsitz führte Stadtv. Dr. Friedleben.
Auf der Tagesordnung stand

Generaldebatte zum Haushaltsplan 1916.

Verbunden wird damit der Antrag Fund und Gen. über die Lebensmittelversorgung.

Stadtv. Fund (Sp.) erklärte, daß seine politischen Freunde den Etat bewilligen. Eine Erhöhung der Einkommensteuer um 15 Prozent sei bei den heutigen Verhältnissen mäßig zu nennen. Eine Erhöhung der Realsteuern ist bei der Notlage der Hausbesitzer nicht angängig. Nicht zu vermeiden sind die erhöhten Ausgaben für das Krankenhaus. Man darf hoffen, daß der Bezirksverband mit seinen Mitteln auskomme. Erfreulich sind die Mehreinnahmen der Straßenbahn, bedauerlich ist die Art der Behandlung der Erneuerungsfonds. In normaler Zeit muß das anders werden. Eine Vereinfachung in der ganzen städtischen Verwaltung ist gerade jetzt angebracht. Man will natürlich keine alten Beamten beseitigen, aber es muß möglich sein, zumal da große Unternehmungen nicht in Aussicht stehen, Ersparungen zu machen. Die Kreditgenossenschaft soll erfreulicherweise weiter bestehen, denn es gibt kein Land, der gegenwärtig schlimmer dran ist. Hoffentlich werden die Schatzämter uns keinen Strich durch die Rechnung machen. Daß der Schulneubaufonds geringer dotiert ist, ist durchaus nicht erfreulich. Denn an der Erziehung der kommenden Generation soll nicht gespart werden. Die Kriegsunterstützungen haben sehr große Ausgaben verursacht und Anleihen nötig gemacht. Man darf hoffen, daß das Reich die Zinsen rückvergütet. Künftig werden Monopolisierungen zu erwarten sein, in Sachsen ist eine Monopolisierung der elektrischen Werke geplant. Man wird abwarten müssen, inwieweit die Städte von den Monopolbestrebungen getroffen werden man wird alles tun müssen, soziale Gärten zu verpflanzen. Was die

Lebensmittelfrage

betrifft, so darf unter keinen Umständen eine Verminderung der Brotrationen eintreten. Sehr wichtig ist die Versorgung mit Kartoffeln. Würde man sich entschließen, rücksichtslos zu enteignen, dann werden viele Beschwerden hinfällig. Die Landwirtschaft hat gewiß Schwierigkeiten, aber es ist doch nicht zu verkennen, daß Kartoffelverheimlichungen vorgekommen sind. Es ist anerkennenswert, daß der Magistrat den Gemüsebau fördert. Ueber die Butterverteilung ist sehr geklagt worden. Hoffentlich wird die jetzige Regelung ihren Zweck erfüllen. Die Versorgung mit Vieh und Fleisch läßt viel zu wünschen übrig. Für uns sind die hessischen Grenzen geschlossen, dagegen sollen hessische Metzger in Frankfurt Vieh aufgelauft haben. Das ist natürlich nicht angängig. Die Reichsfleischstelle kommt etwas spät, kann aber doch noch Gutes wirken. Bedauerlich ist, daß man sich auch hier wieder vor Enteignungen scheut. Höchstpreise ohne Entleerung sind wirkungslos. Die Beschränkung des freien Handels, den die Regierung plant, wird nicht die erhoffte Wirkung haben. Das Hamstern ist gewiß verdammenwert, mitschuld aber sind die vielen Verbindungen, die das Publikum kopfschütteln machen. Es ist nicht verständlich, weshalb es die Regierung ablehnt, mit Agenten zu verhandeln. Eine völlige Ausschaltung des Zwischenhandels ist nicht angebracht.

Es ist Aufgabe der Stadtverwaltung zu beraten, ob den Warunterstützungen nicht Naturalienunterstützungen vorzuziehen sind. Sehr empfehlenswert ist die weitere Errichtung von Volksküchen. Wir haben bis jetzt für 20 Millionen Lebensmittel gekauft und für 17 Millionen verkauft. Das Gewerbe- und Verkehrsamt hat sich nach Ansicht der Bürgererschaft als unzulänglich erwiesen. Wir sind zwar mit der Tätigkeit der unbefoldeten Herren zufrieden gewesen, aber ein besoldeter Beamter im Hauptamt ist doch vorzuziehen. Ein glänzendes Beispiel gibt die Kriegsfürsorge. Auch die Tätigkeit der Frauen ist hoch anzuerkennen. Die Frau sollte mehr als bisher zur Gemeindeverwaltung herangezogen werden. Möge auch diese Beratung in sachlicher Weise geführt werden zum Wohle unserer Vaterstadt! (Bravo!)

Stadtv. Zielowski (Soz.) ist der Ansicht, daß der Zuschlag von 15 Prozent Einkommensteuer der Anfang weiterer Steuererhöhungen ist. In Frankfurt wurde bei der Organisation der Lebensmittelversorgung viel versäumt. Was Stadtv. Fund über das Gewerbe- und Verkehrsamt sagte, ist vollkommen richtig. Eine Reorganisation ist dringend nötig. Dabei sollen die Verdienste des Stadtrats Dr. Köhler durchaus anerkannt werden. Dringend sei die von Herrn Fund beförderte Enteignung bestimmter Lebensmittel, wie das von sozialdemokratischer Seite schon lange verlangt wurde. Das Hamstern ist verständlich. Wer's nicht tut ist der Dumme. (Heiterkeit.) Die Privatleute sind nicht die schlimmsten Hamstierer, sondern die Fabrikanten, die Kaffee und Kakao in Hunderten von Zentnern aufgespeichert haben. Es sollen sofort Fabrikanten solche Waren für ihre Arbeiter aufspeichern, damit diese letzten Falles Lebensmittel haben. Nach dem Butterchema sollten alle Lebensmittel verteilt werden. Bei der Besprechung des Etats forderte der Redner die Schuldverwaltung auf, endlich Maßnahmen für Einföhrung der Einheitsküche zu treffen. Die Lebensmittelfreiheit muß endlich durchgeführt werden. Der Redner schloß mit der Aufforderung, alles zu tun, um eine bessere Organisation der Lebensmittelverteilung herbeizuführen, namentlich für eine bessere Kartoffelversorgung Sorge zu tragen.

Stadtv. Dr. Rumpf (nl.) mahnte zur Sparsamkeit auch nach dem Krieg. An eine weitere Erhöhung der Einkommensteuer ist ohne Erhöhung der Realsteuern nicht zu denken. Doch sei wieder der einen noch der anderen Steuererhöhung das Wort geredet. Nötig ist darum eine Änderung des Kommunalabgabengesetzes. Der Redner würdigte eingehend die Leistungen der Kriegsfürsorge und der Armenpflege, verlangt gleichfalls, daß Höchstpreisfestsetzungen mit der Beschlagnahme Hand in Hand gehen und beantragte:

den Magistrat zu ersuchen, raschestens die Errichtung einer städtischen Zentrale für Bodenausnutzung in die Wege zu leiten, deren Aufgabe die weitausgedehnte Aufbarmachung allen brachliegenden oder unwirtschaftlich verwendeten Geländes durch Erzeugung von Nahrungsmitteln (Gemüse, Kartoffeln usw.) sein soll. Zur Erfüllung dieser Aufgabe sollen nicht nur Grundstücke der Stadtgemeinde oder der Stiftungen, sondern auch Gärten, Acker oder Oedland privater Eigentümer herangezogen werden. Die nicht zum Selbstverbrauch des Pächters bestimmten Bodenerzeugnisse sollen der Stadtgemeinde durch Vorkaufsrecht oder dergleichen gesichert werden.

Überbürgermeister Böigt erklärte, der Magistrat werde allen Anregungen gerne nachkommen. Die Frage der Ein-

heitsküche ist eine Frage des Lehrplans. Was möglich ist, den Aufstieg begabter Schüler zu ermöglichen, ist bisher getan worden und wird weiterhin geschehen. Die Lebensmitteldebatte hat nicht viel Neues gebracht. Es handelt sich nicht um eine reine Organisationsfrage, denn es steht fest, daß eine Knappheit in manchen Lebensmitteln herrscht. Das Gewerbe- und Verkehrsamt ist entlastet worden. Man darf nicht zwischen besoldeten und unbefoldeten Magistratsmitgliedern unterscheiden. Jeder arbeitet mit ganzer Kraft für die Stadt. In der rhein-mainischen Einkaufsstelle ist eine weitere Organisation für die Lebensmittelverteilung geschaffen worden. Das Hamstern ist eine Sünde gegen das Vaterland. So wurden große Mengen Kaffee gekauft und Nähmaschinen dazu, sogar Papier und Schafwolle wurden gehamstert. Aber es hamstern nicht nur Reiche, sondern auch — sehr zum Verdruss des Vereins — Mitglieder des Konsumvereins. Im Brotverbrauch muß große Sparsamkeit eintreten, sonst müssen die Nationen heruntergesetzt werden. Jeder nicht gebrauchte Brotschein muß abgeliefert werden. Wir werden in nächster Zeit genügend Streckungsmittel erhalten. Kartoffeln werden wir in genügender Menge haben. Neue Gemüsearten werden eingeführt. Beim Fleischgenuss muß eine erhebliche Einschränkung eintreten. Die Rassenpeinigung wird sich schließlich nicht vermeiden lassen. In Frankfurt geschieht, was möglich ist. Man muß aber Geduld haben, auch bei der Butterverteilung.

Stadtrat Dr. Köhler hofft, daß es möglich sein wird, die bisherigen Brotrationen, trotz aller Schwierigkeiten beizubehalten.

Alsdann wurden die Anträge Fund und Rumpf angenommen. Die Magistratsvorlagen wurden debattelos erledigt. Für den Bau von Hallen im Osthafen wurden 300 000 Mk. genehmigt. Die Holzhausen-Stiftung, worüber an anderer Stelle berichtet ist, wurde dem Finanz- und Rechtsausschuß überwiesen.

Schluß der Sitzung 9 1/2 Uhr.